

„Wenn Putin siegt, wird es gefährlich“

INTERVIEW US-Politikexperte Davis über die Spannungen zwischen Washington und Berlin

München – Der Streit um die Lieferung von Kampfpanzern wird zur Bewährungsprobe für die Ampel-Koalition – und offenbar auch für die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Prof. James Davis, Politikwissenschaftler an der Uni St. Gallen, ist gebürtiger US-Amerikaner und lebt in München. Im Gespräch mit unserer Zeitung erklärt er, wie die USA auf die deutsche Zögerlichkeit blicken, wie stark die atomare Abschreckung in Europa heute ist – und warum ihn Deutschland in diesen Tagen an einen jungen Erwachsenen erinnert, der einfach nicht von zu Hause ausziehen will.

Die Bundesregierung erklärt, Washington und Berlin ziehen an einem Strang. Stimmt das auch bei der Frage der Kampfpanzer-Lieferung an die Ukraine?

Es gibt derzeit starke Spannungen zwischen Washington und Berlin – gerade in der Frage der Panzerlieferungen. Das Gespräch im Kanzleramt mit dem US-Verteidigungsminister ist zumindest nach den Berichten, die ich gehört habe, schlecht gelaufen.

Wie wird die Haltung der Bundesregierung zu den Leopard-Lieferungen in den US-Medien bewertet?

Die US-Zeitungen sind voll mit Kritik an der deutschen Haltung. Die „Washington Post“ schrieb, US-Präsident Joe Biden müsse sich endlich gegen Olaf Scholz durchsetzen. Es gibt wenig Verständnis für die deutsche Zögerlichkeit in den US-Medien.

Die US-Regierung ist zumindest in der Frage der Lieferung von Abrams-Kampfpanzern ebenfalls zurückhaltend. Washington begründet das mit zu hohem Treibstoffverbrauch des Panzers und logistischen Problemen. Sind das vorgeschobene Argumente?

Ich glaube nicht. Die Amerikaner haben bisher ehrlich über die Waffensysteme für die Ukraine gesprochen. So haben sie etwa über das Patriot-Raketenabwehrsystem gesagt, dass es nicht so



Ein Leopard-Kampfpanzer der polnischen Armee bei einer internationalen Militärübung. Polen will seine Panzer an die Ukraine liefern – braucht dafür aber eigentlich die Zustimmung der Bundesregierung.

FOTO: ARMIN WEIGEL/DPA

schnell geliefert werden kann, weil dafür erst eine ordentliche Ausbildung nötig sei. Diese Ausbildung läuft jetzt gerade, ukrainische Soldaten üben in den USA an diesen komplexen Systemen. Ähnlich ist es mit den Abrams: Waffen-Experten sagen, dass es sich um einen sehr komplexen Panzer handelt. Er hat einen Düsenantrieb, ähnlich wie ein Düsenflieger, und wurde im Kalten Krieg für schnelles Vorstoßen gebaut. Es ist also ein Panzer für die Offensive in großen Gebieten und bringt der Ukraine deshalb nicht das, was der Leopard-2 jetzt bringen könnte. Es sind die Deutschen, die einerseits sagen, sie wollen der Ukraine alles

Notwendige liefern – und dann Probleme vorschieben, wenn es konkret wird.

Wie gefährlich ist die Eskalation durch die Lieferung von Kampfpanzern? Wird Deutschland dadurch in den Krieg gezogen?

Die Eskalation ist eher zu erwarten, wenn die Ukraine nicht die notwendigen Waffen hat, um sich selbst zu verteidigen. Ein Russland, das sich Kiew einverleibt und an den Grenzen zu Polen steht, ist gefährlicher als eines, das in der Ukraine gestoppt wird.

Was steckt dann wirklich hinter der zögerlichen Haltung der Bundesregierung?



Prof. James Davis
US-Politikexperte

Ich glaube, dass die SPD eine zu einfache historische Lehre gezogen hat: Nie wieder deutsche Panzer auf russischem Boden! Aber man vergisst dabei, dass Russland und Deutschland 1939 gemeinsam Osteuropa unter sich aufgeteilt haben. Deutschland hat nicht nur Russland gegenüber eine historische Verantwortung, sondern auch ge-

genüber Polen, den baltischen Staaten oder der Ukraine.

Ein Grund für die Zurückhaltung von Olaf Scholz ist, dass Deutschland – anders als Frankreich oder Großbritannien – keinen eigenen nuklearen Schutzschirm hat. Was, wenn ein Donald Trump wieder US-Präsident wird und die Deutschen im Regen stehen lässt?

Derzeit stehen rund 35 000 US-Soldaten auf deutschem Boden. Das ist ein sehr deutliches Zeichen dafür, dass die USA zu ihrem Versprechen stehen, Deutschland zu verteidigen. Es gibt die nukleare Teilhabe, noch immer gibt es taktische US-Nuklearwaffen

auf deutschem Boden: Die atomare Abschreckung ist heute noch genauso stark wie vor zehn oder 20 Jahren.

Wie kommt der Leopard-Streit bei Putin an? Knallen da die Korke im Kreml?

Alles was zwischen Washington und Berlin zu Streit führt, freut Putin.

In Deutschland und den USA gibt es in weiten Teilen der Bevölkerung Bedenken bezüglich der militärischen Unterstützung für Kiew. Wie wirken vor diesem Hintergrund die Korruptions-Enthüllungen in der Ukraine?

Diese lange Geschichte der Korruption in ukrainischen Regierungskreisen ist natürlich problematisch. Jedoch muss man immer wieder klar sagen, dass der Kampf der Ukraine auch unser Kampf ist. Ein Putin, der in der Ukraine gewinnt, wird eine noch bedrohlichere Figur auf der internationalen Bühne sein. Deshalb liegt es in unserem eigenen Interesse, dass die Ukraine siegt. Und es liegt deshalb in unserem Interesse, dass wir alles liefern, was der Ukraine dabei hilft. Die politischen Führer in Berlin, aber auch in Washington, machen dieses Eigeninteresse der Bevölkerung viel zu wenig deutlich.

In der „New York Times“ sagte der britische Historiker Timothy Garton Ash: „Die deutsche Position ist äußerst verwirrt, weil das alte Denken tot ist, ein neues aber noch nicht entstanden ist.“ Hat er Recht?

Seit 1990 hören wir, dass Deutschland Zeit braucht, um eine neue Rolle zu finden. Aber jetzt sind wir im Jahr 2023! Deutschland verhält sich wie diese jungen Menschen, die mit 30 noch immer nicht aus dem Elternhaus ausziehen wollen.

Wird Scholz am Ende doch Leopard-Panzer an die Ukraine liefern?

Ja, Scholz wird dann nur einen deutlich höheren politischen Preis dafür zahlen müssen, als bei kluger Politik eigentlich notwendig gewesen wäre.

Interview: Klaus Rimpel

IN KÜRZE

Russland weist Botschafter aus

Russland hat die Ausweisung des estnischen Botschafters angekündigt. Das russische Außenministerium warf Tallinn am Montag eine „totale Russophobie und eine Kultur der Feindseligkeit gegenüber unserem Land“ vor. Moskau forderte den estnischen Botschafter auf, Russland bis zum 7. Februar zu verlassen. Estland reagierte umgehend. Das dortige Außenministerium forderte seinerseits den russischen Botschafter zur Ausreise auf und setzte ihm die gleiche Frist. Am Nachmittag zeigte sich Estlands Nachbar Lettland solidarisch und kündigte an, man werde den lettischen Botschafter aus Moskau zurückbeordern. Im Gegenzug muss der russische Botschafter Lettland verlassen.

Patriot-Systeme für Polen

Die Bundeswehr hat am Montag die Auslieferung von zwei Raketenabwehrsystemen des Typs Patriot nach Polen in Gang gesetzt. Die Abwehrstaffeln sollen nach Angaben des Verteidigungsministeriums aus Gnoien in Mecklenburg-Vorpommern in den Südosten Polens nahe der ukrainischen Grenze verlegt werden. Es handelt sich um die ersten beiden von insgesamt drei Patriot-Systemen, die zum Schutz des polnischen Luftraums beitragen und die Nato-Luftverteidigung an der Ostflanke stärken sollen. Deutschland hatte die Patriot-Systeme angeboten, nachdem Mitte November im polnischen Grenzgebiet zur Ukraine eine Rakete eingeschlagen war.

Umfrage: Scholz nicht führungsstark genug

Schon im Mai 2022 waren die persönlichen Umfragewerte für Olaf Scholz nicht gut. Nach den jüngsten Debatten um die Lieferung von Kampfpanzern sind sie erneut eingebrochen. Das zeigt eine aktuelle Forsa-Umfrage für den „Stern“, bei der ein Eigenschaftsprofil des Bundeskanzlers erhoben wurde. Gerade mal 25 Prozent der Bürger halten Scholz noch für führungsstark – ein Rückgang um sieben Prozentpunkte. Weniger als die Hälfte der Deutschen (46 Prozent) bezeichnet den Kanzler als kompetent (minus 15 Prozentpunkte). Genau so stark ist der Einbruch bei der Vertrauenswürdigkeit (41 Prozent).

Korruption: Minister bestreitet Vorwürfe

Der ukrainische Verteidigungsminister Olexij Resnikow hat Vorwürfe der Korruption bei der Armeeverpflegung zurückgewiesen. Es werde versucht, „das Vertrauen in das Verteidigungsministerium zu einem sehr wichtigen Zeitpunkt zu untergraben“, schreibt der 56-Jährige bei Facebook. Resnikow sprach von einem „technischen Fehler“. Der Lieferant habe statt Stückpreisen den 100-Gramm-Preis angegeben. Das würde den dreimal so hohen Preis im Vergleich zum Einzelhandel erklären. Transportkosten einschließlich der Risiken für frontnahe Belieferung führten zu höheren Preisen. Für jeden Soldaten seien täglich Verpflegungskosten von rund 3,40 Euro vorgesehen. Der Kostenanstieg seit 2022 betrage 21,5 Prozent, was unter der Inflationsrate von 26,6 Prozent liege.

Wie isoliert ist Scholz im Panzer-Poker?

Von Dränglern und Zauderern: Wie andere Länder zur Lieferung von Kampfpanzern in die Ukraine stehen

VON MICHAEL FISCHER

Berlin – Soll die Ukraine Kampfpanzer westlicher Bauart erhalten, um die russischen Angreifer zurückzudrängen? Oder kann das zu einer Eskalation und gefährlichen Ausweitung des Krieges führen? In Deutschland ist diese Frage inzwischen zu einem handfesten Koalitionskrach ausgewachsen. Auf internationaler Bühne gerät Bundeskanzler Olaf Scholz immer stärker unter Druck.

Als sein neuer Verteidigungsminister Boris Pistorius am Freitag auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein seinen neuen Kollegen erklären musste, dass Deutschland weiter unentschieden in der Panzer-Frage ist, kam er sich aber gar nicht so alleine vor. „Es gibt kein einheitliches Meinungsbild“, sagte er. „Der Eindruck, der gelegentlich entstanden ist, es gebe eine geschlossene Koalition und Deutschland stehe im Weg, dieser Eindruck ist falsch.“ Stimmt das?

Der Lieferant

Es gibt bisher nur ein Land,

das sich entschieden hat, die Ukraine mit Kampfpanzern westlicher Bauart auszustatten: Großbritannien. 14 Exemplare des seit Mitte der 90er-Jahre von den britischen Streitkräften genutzten Challenger 2 sollen ins Kriegsgebiet geliefert werden. Diese Entscheidung wollte die britische Regierung vor der Ramstein-Konferenz als Signal an die Verbündeten verstanden wissen und hoffte darauf, dass andere Länder mitziehen. „Ich würde nichts lieber sehen, als dass die Ukrainer mit Leopard 2 ausgerüstet sind“, sagte der britische Außenminister James Cleverly. Bisher ging das Kalkül der Briten aber noch nicht auf.

Die Drängler

Ober-Drängler ist Polen, das über 247 Leopard-2-Panzer verfügt. Präsident Andrzej Duda ist bereits vorletzte Woche mit der Ankündigung vorgeprescht, etwa 14 Exemplare in die Ukraine liefern zu wollen. Da die Panzer aus deutscher Produktion stammen, muss die Bundesregierung den Export genehmigen. Am Montag kündigte Mi-



Auch ohne deutsche Zustimmung will Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki Leopard-Panzer liefern. FOTO: EPA

nisterpräsident Mateusz Morawiecki an, eine solche Genehmigung auch offiziell zu beantragen. Das setzt die Bundesregierung weiter unter Druck. Polen ist entschlossen, selbst bei einem deutschen Nein zu liefern. „Wenn die Deutschen nicht in dieser Koalition sind, werden wir trotzdem unsere Panzer zusammen mit anderen in die Ukraine verlegen“, sagte Morawiecki. Welche Länder das sein könnten, ist aber unklar. Bisher hat nur Finnland – wie Polen ein Nachbarland Russ-

lands – seine Bereitschaft signalisiert, einige seiner rund 200 Leopard 2 abzugeben. Die anderen Staaten, die massiv Druck auf Deutschland machen, sind die drei baltischen Länder. Sie verfügen selbst aber nicht über Leopard 2.

Die Zauderer

Weil jede Leopard-2-Lieferung in die Ukraine von Deutschland genehmigt werden muss, kommt Kanzler Scholz eine Schlüsselrolle zu. Er gilt den Panzer-Befürwor-

tern deswegen als Ober-Zauderer. Was andere als zaudern kritisieren, nennt er allerdings besonnen. Scholz hat immer betont, Deutschland und die Nato dürften nicht in diesen Krieg hineingezogen werden. In einer Kampfpanzer-Lieferung sieht er offensichtlich Eskalationspotenzial und berät deswegen weiter mit Frankreich und den USA.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat sich auch noch nicht entschieden, ob er seine Leclerc-Panzer abgeben will. Die USA hätten zwar nichts dagegen, wenn die europäischen Verbündeten Leopard-2-Panzer liefern würden. Ihre eigenen M1 Abrams halten sie für einen Kriegseinsatz in der Ukraine aber aus verschiedenen Gründen für weniger tauglich: Hoher Spritverbrauch, langer Transportweg, kompliziertere Versorgung mit Ersatzteilen.

Das Problem: Scholz hat die letzten qualitativ neuen Schritte bei den Waffenlieferungen immer zusammen mit den Amerikanern gemacht. Und dabei will er unbedingt bleiben.